

Erhalt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung beim Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV)

Beschluss 10. Landesparteitag 11. – 12. November 2017

Der Landesparteitag der Linken Hessen erteilt allen Bestrebungen des Hessischen Städtetages, des Landkreistages und der Hessischen Landesregierung, die Aufgaben der Eingliederungshilfe auf die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte zu übertragen, eine klare Absage.

Der Landesparteitag tritt für einen vollumfänglichen Erhalt des LWV und seiner Strukturen ein, inklusive der Förderschulen und der Gedenkstätte Hadamar.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung und die Kreisausschüsse auf, sich intensiv für den Erhalt der Eingliederungshilfe beim LWV Hessen einzusetzen.

Der Landesparteitag fordert den LWV auf, in Zusammenarbeit mit den Kreisen, kreisfreien Städten und den Trägern, integrierte Versorgungsmodelle zu entwickeln und die Potentiale der Träger (auch der kleinen) stärker zu berücksichtigen und auszubauen.

Weiterhin fordert der Landesparteitag die Hessische Landesregierung auf, im Rahmen der Umsetzung des BTHG (Bundesteilhabegesetz), einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine dauerhafte und umfassende Zuständigkeit des LWV Hessen für alle (ambulanten, teil- und vollstationären) Hilfen im Rahmen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung vorsieht.